

Demokratie und Neue Medien: Das Internet lässt den Bürger mitreden

Ringvorlesung an der Universität Bielefeld nimmt mit Prof.
Informationen zu Christoph Neuberger finden Sie [hier](#)

Bielefeld (WB). Auch wenn das Internet seinen Nutzern ermöglicht, mittels der sogenannten Sozialen Medien wie Facebook und Twitter direkt mit Politikern zu kommunizieren, so behält doch der Journalismus auch online seine zentrale Rolle. Das ist das Fazit, das Prof. Dr. Christoph Neuberger gestern Abend in seinem Vortrag »Neue Medien – eine Hoffnung für die Demokratie?« an der Universität Bielefeld zog.

Der Hochschuldozent aus München untersuchte in der Auftaktveranstaltung zur Ringvorlesung »Neue Medien – Neue Demokratie«, wie sich derzeit ein Strukturwandel der Öffentlichkeit im Internet vollzieht. Mehr als 200 Zuhörer, darunter Studenten und Lehrende, folgten seinen Ausführungen im voll besetzten Hörsaal. »Das Internet ist ein sehr junges Medium, das sich noch in der Entwicklung befindet. Der Prozess der Aneignung läuft. Es ist wie ein großes gesellschaftliches Experiment«, fasst er die Ausgangssituation zusammen.

Das Internet vereint alle früheren Medien – Zeitung, Rundfunk, Fernsehen – in sich und bietet obendrein jedem Bürger die Möglichkeit, sowohl als Rezipient teilzuhaben als auch als Kommunikator mitzuwirken. Zusammen mit der Unmittelbarkeit, mit der sich Informationen online verbreiten lassen, ist dem Netz eine bisher ungekannte Dynamik eigen.

»Betrachtet man die Funktionsweise traditioneller Medien in einem Modell, so wird deutlich, dass der Journalismus als Vermittler zwischen den politischen Akteuren und den Bürgern eine Torwächter-Rolle inne hat«, verdeutlichte Neuberger. Die Zeitungen bildeten ein Nadelöhr durch das nur ausgewählte Stimmen dringen. »Ihr Verhältnis zu einem eher passiven Massenpublikum war relativ einseitig«.

Unter dem Einfluss des Internet brechen diese Strukturen jetzt auf. »Politiker und Bürger sind online Nutzer und Anbieter zugleich, sie haben die Möglichkeit, am Journalismus vorbei zu kommunizieren«, nennt der Professor für Kommunikationswissenschaft einen maßgeblichen Punkt des Wandels. Ob es nun darum gehe, Kampagnen zu starten, Spenden zu sammeln oder Freiwillige zu rekrutieren: Das Internet ermöglicht Politikern, die Bürger direkt anzusprechen. Unter anderem Barack Obama und Hillary Clinton haben es im Wahlkampf verstanden, dies für sich zu nutzen.

»Wechselwähler zu gewinnen, scheint jedoch auf diesem Wege schwierig zu sein«, relativiert Neuberger. »Lediglich die bereits vorhandenen Parteianhänger zu mobilisieren, funktioniert.« Außerdem nutzen Politiker das Internet, um mehr Transparenz zu schaffen. Foren wie »Perspektiven deutscher Netzpolitik« und »18. Sachverständiger« dienen Kommissionen, um mit den Bürgern in einen Dialog zu treten.

Bürger erhalten also nun die Möglichkeit, direkt Kritik zu üben und zudem Kontrolle auszuüben. Wie effektiv das sein kann, hat sich an »GuttenPlag wiki« erwiesen, einer Plattform, auf der zahlreiche Nutzer Plagiatsbelege zu der Dissertation Karl-Theodor zu Guttenbergs in kürzester Zeit zusammengetragen haben. Auch das Blog »abgeordnetenwatch«, bei dem Bürger Fragen an Abgeordnete stellen können, erweist sich als sehr wirksam, da das Verhältnis beantworteter und nicht beantworteter Fragen für jeden Abgeordneten festgehalten wird. »Hier wirkt öffentlicher Druck: Falls eine Antwort ausbleibt, droht Reputationsverlust.«

Welche Rolle Soziale Medien bei politischen Umwälzungen spielen können, wird derzeit noch diskutiert – unter anderem am Beispiel der arabischen Revolution. »Verglichen mit Revolutionen früherer Jahrzehnte lässt sich ersehen, dass das Internet nicht dafür geeignet ist, feste Verbindungen zwischen den Demonstranten zu schaffen«, wägt Neuberger ab. »Es eignet sich jedoch hervorragend dazu, Massen zu versammeln und zu koordinieren – wenn alle gleichzeitig auf die Straße gehen, ist die Gefahr für den Einzelnen, sich angreifbar zu machen, minimiert.«

Haben die Bürger nun also mittels Internet mehr politischen Einfluss? Wie der Dozent anhand der ARD-ZDF-Onlinestudie darlegt, ist das nur bedingt der Fall. Auch wenn 73 Prozent aller Bundesbürger über 14 Jahren das Internet nutzen, so nutzen sie doch nicht alle seine Möglichkeiten. Die am meisten nachgefragten Angebote werden in der Regel nur gelesen. »Nur 3 Prozent der Wikipedia-Nutzer schreiben auch, bei den Video-Portalen sind es 7 Prozent, die auch hochladen«, sagt Neuberger. Ausgeglichen sei das Schreib-Lese-Verhältnis bei privaten Netzwerken, Weblogs und Twitter, was jedoch in der Natur der Sache liege. »Diejenigen, die aktiv etwas beitragen wollen, sind generell in der Minderheit.«

Außerdem lasse sich erkennen, dass die Sozialen Medien in der politischen Diskussion eine vergleichsweise geringe Rolle spielten. »Das Internet dient den Bürgern vornehmlich als Informationsquelle. Und dabei greifen die Nutzer in erster Linie auf die Nachrichtenseiten der klassischen Medien nebst den Internetseiten der Parteien zu«, fasst Neuberger zusammen. Die Möglichkeit der politischen Teilhabe bleibe weitestgehend ungenutzt.

Außerdem zeichne sich ab, dass noch lange nicht jeder, der sich online mitteilt, auch wahrgenommen wird. »Es wird in der Forschung derzeit diskutiert, ob es in erster Linie die professionelle Öffentlichkeit wie der Journalismus ist, der Beachtung findet, oder ob der normale Bürger nun tatsächlich bessere Chancen hat, sich Gehör zu verschaffen.«

Eine für die Demokratie sehr wichtige Frage ist, ob die Öffentlichkeit im Internet zu zerfallen droht. »Demokratie funktioniert, weil Bürger einerseits Erfahrungen miteinander teilen und andererseits die Möglichkeit haben, sich mit neuen Ansichten und Gegenpositionen zu beschäftigen, die ihnen die traditionellen Medien bieten.«

Dergleichen gehe möglicherweise im Netz verloren, da sich die Nutzer zu homogenen Gruppen zusammenfinden. »Die Öffentlichkeit zerfällt in Themen und Meinungen«, sagt Neuberger. Dem wirke allerdings entgegen, dass auch im Netz die klassischen Medien die Themen vorgeben, und an denen orientierten sich die Bürger. »Der Journalismus erfüllt offenbar auch online seine Funktion, die Öffentlichkeit zu bündeln.«

Umstritten ist derzeit, ob das Internet eine höhere Qualität der Diskurse bietet. »Als Vorteile lassen sich vor allem drei Aspekte anführen: Die Beteiligung ist anonym und damit statusblind, Nutzer können durch Links direkte Bezüge herstellen und die Speicherfähigkeit ermöglicht andauernde und weitreichende Diskussionen«, fasst Neuberger zusammen. Problematisch sei auf der anderen Seite jedoch, dass die Nutzer beeinflussenden Interessen ausgesetzt sind, dass es im Miteinander nicht selten an gegenseitigem Respekt fehlt und dass auch politischer Radikalismus seine Nische findet. »Aufgrund der Beschleunigung der Kommunikation bleibt außerdem kaum noch Zeit, sich intensiver mit Inhalten zu befassen«, hält der Professor fest.

Nicht zuletzt deshalb setzen viele Nutzer auf die Presse-Websites, um sich schnell und umfassend über das Wichtigste zu informieren. »Journalistische Seiten genießen die höchste Wertschätzung, wenn es um aktuelles Geschehen geht, um Glaubwürdigkeit, um Themenauswahl und Themenkompetenz«, sagt Neuberger. Der öffentliche Diskurs im Internet benötige Moderation. »Dies kann der Journalismus leisten, doch auch soziale Netzwerke haben die Möglichkeit dazu.« Auch wenn vieles derzeit im Wandel sei und sich über zahlreiche Bereiche des Internets keine allgemeingültigen Aussagen treffen ließen, so zeichne sich eines doch recht deutlich ab: »Die Einwegkommunikation von den klassischen Medien zum Bürger wird abgelöst. Im Internet ist ein Kreislauf entstanden zwischen Journalismus, Sozialen Medien und dem Publikum.«

Informationen zu Christoph Neuberger finden Sie [hier](#)

[Impressum](#) [Datenschutzerklärung lesen / Nutzungsdatenspeicherung abschalten](#)

